



■ NICHT NUR EINE FACEBOOKREVOLTE SONDERN AUCH EINE AUFSTAND DER ARBEITER/INNEN:

Material zur Rolle der Arbeiterklasse in Ägypten

Nachdem wir in den letzten Ausgaben der Arbeiterpolitik grundsätzlicher zu den Entwicklungen in Nordafrika Stellung bezogen haben, wollen wir mit folgenden Material Informationen zur Rolle der ägyptischen Arbeiterbewegung zur Verfügung stellen. Wir beginnen mit einem leicht gekürzten Interview. Das Gespräch wurde von zwei Freunden der klassenlosen Gesellschaft im Frühjahr 2011 in Kairo geführt. Wir danken für die Möglichkeit des Nachdrucks. Es folgen zwei Artikel: Zu den Forderungen der ägyptischen Arbeiterbewegung und über den Kampf für unabhängige Gewerkschaften

Zur Revolution in Ägypten

Interview mit Jano Charbel, einem Kairoer Journalisten, der über Arbeitskämpfe berichtet und sich als Anarchosyndikalist bezeichnet

Wie würdest du die Klassenzusammensetzung des Aufstandes beschreiben? Und inwiefern war der Unmut über die ökonomische Situation eine Triebfeder, auch wenn politische und weniger ökonomische Forderungen im Mittelpunkt standen?

Der Aufstand begann, wie weithin bekannt ist, am 25. Januar. Das ist Ägyptens Polizeitag. [...] Am 25. war es in erster Linie die Jugend, die auf die Straße gegangen ist, obwohl auch ältere Leute dabei waren, aber die waren nicht in der Mehrheit. Die Proteste, zu denen auf Facebook aufgerufen worden war, fanden in Städten im ganzen Land statt. Ich war zu diesem Zeitpunkt in Alexandria, und dort haben etwa 20.000 Menschen demonstriert, aber die Zahlen in Kairo waren viel höher, aber da ich nicht dort war, kann ich nicht wirklich von der Zusammensetzung der Demonstranten am ersten Tag erzählen. Als ich um 1 Uhr morgens in Kairo ankam, war der Tahrir-Platz bereits geräumt, aber es haben noch mehr als 10.000 Leute demonstriert, da dachte ich: Das ist etwas ganz Großes. Ich hatte so große Proteste seit dem Krieg gegen den Irak nicht mehr gesehen.

Die meisten Parolen richteten sich gegen die Regierung, einige hatten wir aus Tunesien importiert, zum Beispiel »Das Volk will den Sturz der Regierung«. [...] Eine weitere

Parole lautete »Hier ist Mohammed mit Younis« -das heißt, Christen und Moslems vereinigt – »morgen wird Ägypten sein wie Tunis«. Deshalb denke ich, die Triebfeder und die Inspiration kamen aus der tunesischen Revolution. Den Ägyptern wurde klar: Wir können das gleiche machen, wir können den Diktator, der das Land seit 30 Jahren regiert, loswerden, und mit diesem Diktator das ganze Regime, das ganze korrupte, repressive System kann abgeschafft werden; genau wie in Tunesien. [...]

Die Ägypter wurden selbstbewusster und militanter, nachdem sie gesehen hatten, dass es anderen Arabern (den Tunesiern) gelungen war, eine Regierung zu stürzen, die ähnlich repressiv, korrupt, diktatorisch, proimperialistisch ist und vom Westen gestützt wird – genau wie das Mubarak-Regime bei uns. Dennoch waren alle überrascht, von der Anzahl von Leuten, die auf den Straßen in Städten im ganzen Land auftauchten – in Alexandria, Kairo, Suez, Mahalla, Mansoura, und so weiter.

Es gab also schon zu Beginn Proteste in Mahalla, das heißt Arbeiterproteste?

Ich war während des 18-tägigen Aufstandes nicht in Mahalla, aber es stimmt, dass das eine Industriestadt ist; Berichten zufolge haben sich an den Protesten dort unter anderem Arbeiter, Studenten, Akademiker, Bauern und Arbeitslose beteiligt. Mahalla ist auch deswegen wichtig, weil es dort am 6. und 7. April 2008 einen historischen Aufstand gab, der in erster Linie von Leuten aus der Arbeiterklasse, arbeitslosen Jugendlichen, den städtischen Armen und anderen marginalisierten Teilen der Gesellschaft, geführt wurde.

Vor diesem Volksaufstand hatte eine beispiellose Streikwelle das Land erfasst – ausgelöst durch den Textilarbeiterstreik in Mahalla im Dezember 2006. Der Erfolg dieses Streiks hat die ägyptische Arbeiterklasse dazu ermutigt, ihre Rechte einzufordern – ihre politischen wie ihre sozioökonomischen Rechte. Ein anderer Vorläufer war der 12. Dezember 2004, als ungefähr 300 Leute zum ersten Mal öffentlich gegen Mubarak protestiert haben. Das war bis dahin unerhört. Davor hat es niemand gewagt, »Nieder, nieder mit Hosni Mubarak« auf den Straßen zu rufen; hätte man

das getan, wäre man sehr wahrscheinlich verschwunden, und niemand hätte mehr etwas von einem gehört oder gewusst, wo man ist. [...]

Würdest du also sagen, dass die neue Streikbewegung entscheidend war für den späteren Sturz Mubaraks?

Ich meine, wenn die Streiks nicht gewesen wären, hätte Mubarak darauf setzen können, dass die Proteste im Sand verlaufen. Die Regierung hatte ihre gesamte Propagandamaschinerie in Gang gesetzt – über das staatliche Fernsehen, Radio und die Zeitungen – um das Bild des Aufstandes zu verzerren und ihn zu schwächen. Und sie haben die Medien sehr effektiv eingesetzt, um Angst im Volk zu schüren.

[...] Ohne die Streiks hätte Mubarak an der Macht bleiben können, nicht auf unbestimmte Zeit, aber mindestens sechs Monate lang – bis zum Ende seiner Amtszeit. Und er hätte seinen Sohn Gamal auf den Thron setzen, das Regime erhalten können. Dann hätte es zwar sehr lautstarke Proteste gegeben, aber ohne letztlich etwas zu erreichen. Ich glaube also, die Streiks waren Dreh- und Angelpunkt des Aufstands.

Wie groß waren die Streiks? Wie 2008 oder sogar größer?

Die jetzigen sind wohl größer als 2008. Die Streikwelle, die im Dezember 2006 angefangen hatte, war Ende 2010 am Verebben [...]. An ihrem Wiederanstieg während des Aufstandes – am 8. Februar 2011 – waren auch wichtige wirtschaftliche Sektoren beteiligt. Arbeiter aus dem öffentlichen Verkehr haben gestreikt, während Tausende andere Arbeiter protestiert und damit gedroht haben, den gesamten Suezkanal zu bestreiken – und der ist eine der Haupteinkaufsquellen Ägyptens.

Diese Streiks haben die Regierung mehr unter Druck gesetzt als alles andere – mit Protesten auf der Straße kann man umgehen, aber wenn es massive Proteste auf der Straße und Streiks der Arbeiter gleichzeitig gibt, dann steckst du richtig in der Scheiße.

Arbeiterkämpfe im Vorfeld der Revolution

Wie würdest du die Entwicklung der Situation der Arbeiter in letzter Zeit beschreiben?

Ich würde sagen, dass der Auslöser der Streikwelle von 2006 die Gewerkschaftswahlen im Oktober und November 2006 waren – landesweite Wahlen, die alle fünf Jahre stattfinden. Und die Wahlen 2006 waren wohl die [...] undemokratischsten und betrügerischsten Wahlen aller Zeiten – über 20.000 Arbeiter wurden daran gehindert, zu kandidieren oder sich selbst zu nominieren.

Aber die offizielle Gewerkschaft wurde doch schon immer vom Staat kontrolliert, was für einen Unterschied hat das dann noch gemacht?

Ja, aber die Wahlen 2006 haben nochmal vor Augen geführt, dass der Gewerkschaftsbund ganz und gar nicht die Interessen der Arbeiter vertritt, dass all seine Teilorganisationen von den lokalen Ausschüssen über die Einzelgewerkschaften bis hin zum Rat des Ägyptischen Gewerkschaftsverbandes (ETUF) Vertreter der Regierungspartei, des Kapitalinteresses sind. Das sind alle Mubaraks Männer, Lieblinge der Regierung.

Nach den Ergebnissen dieser manipulierten Gewerkschaftswahlen kam es im Dezember 2006 zum Streik bei der staatlichen Mahalla Textile Company, die damals etwa 27.000 Arbeiter beschäftigt hat. Sie konnten einige ihrer Forderungen durchsetzen; sie hatten auch ein Misstrauensvotum gegen den lokalen Gewerkschaftsausschuss gefordert, weil der sie nicht repräsentierte, und fingen an, Unterschriften für seine Amtsenthebung zu sammeln.

In den Verhandlungen mit dem vom Staat gelenkten ETUF und seiner Allgemeinen Textilarbeitergewerkschaft konnten sie die Vereinbarung erreichen, dass ein provisorischer Gewerkschaftsausschuss die Angelegenheiten der Arbeiter regelt. Die Gewerkschaft hat den offiziellen Gewerkschaftsausschuss zwar nicht als illegitim betrachtet, aber den Arbeitern erlaubt, einen neuen provisorischen Ausschuss zu wählen.

Ähnliche Forderungen wurden dann auch von anderen Textilarbeitern erhoben, unter anderem in der staatlichen Textilfabrik Kafr el-Dawwar und bei Shebin el-Kom – beides sehr große Firmen im Nildelta. Shebin el-Kom war privatisiert, also waren die Forderungen dort auch andere, aber in allen drei Firmen wurde die Absetzung des örtlichen Gewerkschaftsausschusses verlangt, da sie undemokratisch gewählt waren und sie nicht repräsentierten. [...]

Rechtlich gesehen waren das also wilde Streiks? [...]

Sie wurden nicht von der Staatsgewerkschaft genehmigt, deshalb wurden sie als wilde Streiks angesehen. Die Streikwelle hatte Auswirkungen auf alle Sektoren der Wirtschaft und Gesellschaft – im öffentlichen Sektor, der Privatwirtschaft und in privatisierten Betrieben, überall fingen sie an, für ihre Rechte zu streiken. Den Arbeitern wurde bewusst, dass die Obrigkeit unsere Forderungen nicht aufnimmt, wenn wir nur außerhalb der Arbeitszeiten protestieren oder Unterschriften sammeln. Die Macht des Streiks setzt die Obrigkeit unter Druck, auf die Forderungen von Arbeitern einzugehen.

Als ich über verschiedene Streiks berichtet habe, ist mir aufgefallen, dass alle meinten: »*Warum Mahalla und wir nicht? Warum werden ihre Rechte beachtet, aber unsere nicht? Wir müssen auch streiken.*« Das führte also zu einer enormen Streikwelle vom Dezember 2006 bis heute, das ist seit 1947 beispiellos. Von den 1950ern bis 2009 waren die Gewerkschaften komplett unter der Kontrolle von Vertretern des herrschenden Regimes. Arbeiter, die dieses System angeprangert haben, wurden entweder aus den Gewerkschaftsausschüssen entfernt oder daran gehindert, wieder anzutreten, und manchmal sogar eingesperrt.

So fing im Dezember 2006 eine neue Ära von Streiks und Protesten an; und das war sehr wichtig im Vorlauf zur Revolution. Die Arbeiter fingen an, sich über Korruption, Privatisierungen und die Misswirtschaft von staatlichen Unternehmen durch korrupte Beamte zu beschweren. Tausende Arbeiter beklagen, dass es eine systematische Kampagne vonseiten des herrschenden Regimes gab, staatliche Firmen unrentabel zu machen, um sie zu privatisieren und dadurch illegal Geld zu verdienen. [...] Mit der Öffnung von Märkten durch Privatisierungsprogramme ging der Staat zu einem neoliberalen Kapitalismus über. Da fingen korrupte Beamte an, Millionen, wenn nicht gar Milliarden einzustreichen. Und natürlich gibt es ohne ein demokratisches System weder Rechenschaftspflicht noch Transparenz – also bleibt die Korruption unhinterfragt, sie wird zur Norm.

Eine konservative deutsche Zeitung hat einen interessanten Bericht über Mahalla veröffentlicht. Da sagt der Besitzer einer privaten Fabrik, dass er den Streik in Mahalla unterstützt, weil die Arbeiter in den staatlichen Fabriken einen geringeren Lohn erhalten als er seinen Arbeitern zahlen muss. Anders formuliert: Sinken die Löhne notwendigerweise, wenn Firmen privatisiert werden, oder geht es mehr um Entlassungen?

Im Allgemeinen – aber nicht in allen Fällen – erhalten Arbeiter in der Privatwirtschaft höhere Löhne. Aber das heißt nicht, dass sie mehr Rechte hätten. Ganz im Gegenteil – die meisten Gewerkschaften findet man in staatlichen



Arbeiterdemonstration in in Mahalla



Verteidigung des Tahir-Platzes

Firmen und die meisten Zeitarbeiter im privaten oder im informellen Sektor. Man kann also einen höheren Lohn in der Privatwirtschaft kriegen, aber man hat normalerweise keine Gewerkschaft, möglicherweise auch keine Altersvorsorge und weniger Sicherheit, da man jederzeit entlassen werden kann. Arbeiter, die versuchen, sich zu organisieren, in Gewerkschaften einzutreten oder zu streiken, werden mit größter Wahrscheinlichkeit gefeuert. Es gibt generell weniger Rechte für Arbeiter in der Privatwirtschaft, etwa das Recht, sich zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen.

Zeit- und Akkordarbeit sind auch im öffentlichen Sektor verbreitet, aber in der Privatwirtschaft noch viel mehr. Die Arbeiter werden gezwungen, undatierte Kündigungsschreiben zu unterzeichnen, sodass der Arbeitgeber jederzeit ein Kündigungsdatum eintragen kann. Die Arbeiter sind schutzlos und haben keine Gewerkschaft, um ihre Rechte zu verteidigen. Es werden ihnen regelmäßige oder jährliche Zulagen verweigert, sie haben kein Recht auf Gesundheitsversorgung, auf Transportmöglichkeiten, auf Wohnung, auf Altersvorsorge. In der Regel werden ihnen die grundlegendsten Arbeitnehmerrechte verweigert.

Würdest du sagen, dass der arbeitslose oder im informellen Sektor beschäftigte Teil des Proletariats gewachsen ist? [...]

In den meisten Fällen, die mir bekannt sind, kauft der Privatsektor staatliche Unternehmen auf. Er gründet normalerweise keine neuen, sondern übernimmt Firmen, die gescheitert sind. [...] Das war bei der Textilfirma Shebin e-Kom der Fall und bei zahllosen anderen Unternehmen, die unrentabel gemacht wurden. Also entschied das Mubarak-Regime, sie an Investoren zu verkaufen. Ich bin nicht der Meinung, dass der Privatsektor neue Arbeitsplätze schafft. Im Gegenteil: Wenn sie staatliche Firmen aufkaufen, entlassen sie oftmals Tausende Arbeiter.

Also ist die Arbeitslosigkeit heute ein größeres Problem als zum Beispiel vor 20 Jahren?

Wir haben keine zuverlässigen Statistiken über Arbeitslosigkeit. Das Mubarak-Regime hat von 7 Prozent gesprochen, aber jeder konnte mit eigenen Augen sehen, dass das komplett falsch war. [...] Verarmte ländliche Familien sind massenhaft in die städtischen Slums gezogen, wo sie zum Betteln gezwungen sind und höchstens saisonal Arbeit haben. Die stehen auf den Bürgersteigen der Großstädte Schlange und warten darauf, dass sie von Bauunternehmern angeheuert werden. Und dann gibt es noch den informellen Sektor, der mehr als ein Drittel der Wirtschaft ausmacht und durch Stücklohn, Saisonarbeit und unregelmäßige Beschäftigung geprägt ist.

Zur Entwicklung der ägyptischen Wirtschaft gibt es unterschiedliche Aussagen: die einen sprechen von einem starken Wachstum, die anderen führen solche Statistiken eher auf verfälschte Zahlen zurück. Wie siehst du das und wie würdest du das allgemeine ökonomische Klima im Land beschreiben? [...]

Da ich kein Ökonom bin, ist es schwer, die Frage im Detail zu beantworten. Einerseits, klar, die Wirtschaft wächst, ausländische Direktinvestitionen nehmen zu, die Aktienkurse sind gestiegen und die Unternehmer sehr zufrieden. Aber all das übersetzt sich nicht in einen wachsenden Wohlstand der Arbeiter. Letztendlich ist es die Regierung, die ihre verzerrten Zahlen für das Bruttoinlands- und Sozialprodukt liefert.

Seit den 1980ern ist der Mindestlohn mit 35 Pfund (\$ 6) unverändert geblieben. Erst letztes Jahr wurde dieser unrealistische Betrag, von dem sich nicht mal eine Einzelperson ernähren kann, angehoben, als eine NGO für Arbeiter dagegen geklagt hat. Es wurden rechtliche Schritte und Berufungsklagen vor dem Verwaltungsgericht eingelegt mit dem Ziel, den Mindestlohn auf 1.200 Pfund (\$ 200) anzuheben. Das Gericht hat einer Anhebung zugestimmt, und die Nationale Lohnkommission – eine von der Regierung kontrollierte Einrichtung – hat den Mindestlohn dann auf 400 Pfund (\$ 70) festgesetzt, was immer noch unrealistisch niedrig ist. Sogar der ETUF lag hier bei 500 Pfund. [...]

Seit Dezember 2006 fordern tausende von Arbeitern einen monatlichen Mindestlohn von 1.200 Pfund für alle Sektoren. Mit dem Beginn des Aufstands ist diese soziale Forderung, obwohl sie weiter populär war, leider etwas in den Hintergrund geraten, zugunsten der dringenden politischen Forderungen. Formuliert wurde sie vor allem von den Arbeitern selbst und von Jugendlichen, die Verbindungen zu Arbeiterinitiativen haben.

Aber, klar, die Hauptforderung war der Sturz Mubaraks, die Absetzung und strafrechtliche Verfolgung seiner Minister, die Auflösung des staatlichen Überwachungsapparats, der Kampf gegen die Korruption und so weiter. Die Forderungen des Aufstands waren primär politisch, nicht sozial oder ökonomisch. Und seit der Revolution verbreiten die staatlichen Medien Propaganda nach dem Motto: *»Dies ist keine Zeit für Streiks. Die Revolution war erfolgreich und ist nun zu Ende. Zurück an die Arbeit, sonst schadet ihr der Volkswirtschaft.«* Die haben sogar behauptet, dass die Arbeiterstreiks Teil der Konterrevolution seien. [...]

Wenn die Arbeiterstreiks nicht gewesen wären, dann wäre Mubarak noch an der Macht. Schon vor der Revolution waren die Arbeiter der lautstärkste und am besten organisierte Teil der Zivilgesellschaft, die einflussreichste und stärkste soziale Bewegung in Ägypten. Und jetzt behaupten staatliche Medien, die Interimsregierung und der Militär, dass die Streiks Teil der Konterrevolution seien.

Die »Kommune vom Tahrir-Platz«

Zurück zur Revolution. Wie war die organisiert? Es heißt immer, dass Parteien und Gruppierungen keine Rolle gespielt haben, »die Leute« hätten das in die Hand genommen. Einige sprechen sogar von der »Kommune vom Tahrir-Platz«.

Um diese Kommune zu verstehen, muss man zurückgehen und sich ansehen, wie die Arbeiter ihre Streiks organisierten, bei denen sie manchmal wochen- oder auch monatelang kein Einkommen haben. Wenn sie in den Streik treten, bringen sie ihre Familien mit, um die Fabriken zu besetzen. Die Familien bündeln dann ihre Ressourcen und sind so in der Lage, die Arbeiter ausreichend mit Nahrung zu versorgen. Das Gleiche ist auf dem Tahrir-Platz passiert. Alles war auf diese gemeinschaftliche Art organisiert.

Die Familien schlafen also in den Fabriken?

Manchmal schlafen sie zuhause, manchmal nehmen die Arbeiter sie mit an den Ort des Protests. Und das ist auch auf dem Tahrir-Platz geschehen: Die haben ihre Familien dabei gehabt, die wiederum für Verpflegung gesorgt haben, die dann untereinander verteilt wurde. Essen und Getränke waren auf dem Tahrir-Platz für alle umsonst. Die Straßen um den Platz wurden von Freiwilligen gereinigt und in einigen Lazarett-Zelten gab es kostenlose medizinische Versorgung. Ich kann mich an die Reaktion eines amerikanischen Journalisten erinnern, der von Schlägertypen verletzt wurde: *»Diese Revolution hier hat mir etwas gegeben, was ich in den USA nicht bekomme, nämlich kostenlose medizinische Versorgung.«* [...]

Es war eine selbstverwaltete Kommune. Manche sprechen auch von einer Art Woodstock, einer festivalartigen, autarken Menschenansammlung mit gemeinsamen Forderungen. Und das ist den Streiksituationen der Arbeiter sehr ähnlich. Tausende Arbeiter aus dem Großraum Kairo haben täglich ihre Schicht absolviert, um sich dann dem Protest anzuschließen. Auch Arbeiter aus entfernten Bezirken sind auf den Platz gekommen. Meistens sind sie ein, zwei Tage geblieben, manchmal auch länger und mit ihren Familien, und dann zur nächsten Schicht zurück in ihre Heimatorte gefahren. Am 8. und 9. Februar haben die Arbeiter dann die massive Streikwelle losgetreten.

[...] Gab es überhaupt keine Organisationsstrukturen, zum Beispiel bei der Verteilung von Essen? Keine Versammlungen oder ähnliches?

Notgedrungen entstanden auf der Basis von Nachbarschaften so genannte »Volkskomitees«. Nachdem am 28. Januar die Polizei besiegt und von der Straße verbannt worden war, haben diese Komitees Wachposten und Patrouillen organisiert. Und nicht nur das: die Polizei hatte tausende Gefangene freigelassen. Generell bin ich für die Freilassung von Gefangenen, aber einige der Insassen waren extreme Gewaltverbrecher. Hunderte, wenn nicht sogar tausende, wurden von der Polizei bewaffnet und dazu angestachelt, Leute zu attackieren und für Chaos und Verwüstung zu sorgen: *»Bring um, wen du willst, zerstör, was du willst«.*

[...] Diese Volkskomitees haben sich organisiert, um Nachbarschaften, Häuser, Läden und andere Gebäude zu verteidigen. Der Staat war zu diesem Zeitpunkt mehr oder weniger zusammengebrochen und nicht mehr in der Lage, Dienstleistungen aufrechtzuerhalten. Also haben sich die Komitees zusätzlich um die Straßensäuberung, Verkehrsführung und so weiter gekümmert. Niemand wurde dafür bezahlt, die Leute haben auf natürliche Weise so gehandelt. Ihnen war klar, dass das unsere Revolution ist; und wenn der Staat uns nicht hilft, dann helfen wir uns eben selbst

Neuer Patriotismus

Im Moment scheint es, dass die Revolution zu einer Wiederbelebung des Patriotismus führt – überall sieht man Flaggen...

Ja, das ist eine Wiederbelebung des ägyptischen Nationalismus, die ich einerseits bewundernswert finde und andererseits übertrieben...

Was findest du daran bewundernswert?

Es gibt einen bewegenden Spruch, der mit Mubaraks Sturz aufkam: *»Erheb' deinen Kopf, du bist Ägypter.«* Vorher ging es nur darum, den Kopf bloß unten zu behalten, tanz' nicht aus der Reihe, sonst könntest du im Gefängnis landen. Jetzt sagen die Leute: Das ist mein Land, und ich habe keine Angst, den Mund aufzumachen. Die Gesellschaft kann neu aufgebaut werden, Ägypten ist nicht mehr das Land von Mubarak und seinen korrupten Unternehmer-Ministern. In dieser Hinsicht ist der Patriotismus bewundernswert. Aber die Medien haben das natürlich aufgeblasen und durch fremdenfeindliche Züge aus dem Zusammenhang gerissen.

Viele der Parolen sind auch reaktionär, etwa: *»Ägypten über alles«* [im Orig. dt.]. Das grenzt an Faschismus, das ist zu nationalistisch. Oder: *»Wir sind alle Ägypter«* – ja, klar, sind wir, aber es gibt reiche und mächtige Ägypter, die dich ausbeuten, ins Gefängnis stecken und zu Tode foltern, um ihre Interessen zu verteidigen. [...]

Also würdest du zwischen Patriotismus und Nationalismus unterscheiden, wobei der erste weniger schlimm wäre als der zweite?

[...] Es gibt einen Nationalismus, der sagt: Hol' dir dein Land zurück und schau auf. Und dann gibt es einen, der sagt: Ausländische Elemente sind in der Revolution am Werk und die ausländischen Medien verbreiten Lügen. [...] Und Nationalismus um des Nationalismus willen, nach dem Motto: Lasst uns ein symbolisches Ägypten auf Kosten unserer Klasseninteressen verteidigen. Das halte ich im Moment für das Schädlichste: Ägypten geht vor, vergessen wir unsere Klasseninteressen! Dieses Flage-Schwenken und sich das Gesicht Rot-Weiß-Schwarz Anmalen muss ein Ende haben.

Schauen wir lieber, was unsere wirklichen Interessen sind: Mindestens 40 Prozent der Ägypter leben unterhalb der Armutsgrenze, und ein großer Teil der Übrigen kommt grade so zurecht. Sogar Akademiker können mit ihren monatlichen 1.000 Pfund (\$ 165) kaum eine Familie ernähren. Es ist also nicht so, dass sich in Ägypten eine Revolution ereignet hat und nun alle die gleichen Interessen haben. Die Arbeiter haben andere als die Kapitalisten.

Geschlecht, Klasse und Feminismus

Wie sah die Rolle der Frauen in dem Aufstand aus, und welche Auswirkung hat der Aufstand auf die Geschlechterbeziehungen?

Seit dem 25. Januar haben Frauen eine sehr wichtige Rolle in der Revolution gespielt. [...] Ich habe nur Ereignisse in Kairo und Alexandria miterlebt, und dort waren Frauen eine ziemlich große Minderheit, vielleicht 30 bis 40 Prozent. Man sah Frauen mit offenem Haar und andere mit dem Hijab. Sie waren an allen möglichen Aktivitäten beteiligt – an den Protesten an vorderster Front, Straßenaufräumarbeiten, feurige Reden auf dem Tahrir-Platz, Lebensmittel- und medizinische Versorgung. Die Volkskomitees in den Nachbarschaften bestanden in erster Linie aus Männern mit Schwertern, Messern, Schlägern, manchmal auch Schusswaffen. Die Frauen haben für die Leute auf den Straßen das Essen zubereitet und manchmal auch Molotowcocktails gebastelt. Manche Frauen und Mädchen sah man auch, wie sie die Straßen mit den Volkskomitees bewacht haben.



Das geht mit den traditionellen Geschlechterrollen konform?

Ja, aber ab dem 28. Januar wurde der Platz besetzt und Zelte aufgebaut, und da haben sich natürlich auch Frauen beteiligt. Das hat an sich schon die Grenzen in Frage gestellt, in die die Gesellschaft die Frauen einzwängt; man hat ihnen beigebracht, zu Hause zu bleiben – in der Küche oder im Schlafzimmer oder bei der Erziehung der Kinder. Diesen Grenzen haben sich Frauen widersetzt, sie haben sich in den vordersten Reihen den Protesten und den Straßenschlachten mit der Polizei angeschlossen. Das war also für Frauen und Mädchen eine sehr radikalisierte und befreiende Erfahrung.

Das gab es aber nicht nur auf dem Tahrir-Platz. Bei einer Reihe von Fabrikstreiks wurden die Proteste und Besetzungen sogar von Frauen angeführt. Das war zum Beispiel bei der Mansoura Espagna Company der Fall, einer Textilfabrik, die in erster Linie Frauen (die fast allesamt einen Hijab oder Niqab tragen) beschäftigt. Während der Fabrikbesetzung 2007 haben Männer und Frauen unter einem Dach, am gleichen Ort geschlafen. Natürlich wurden ihre Räumlichkeiten durch Vorhänge abgetrennt, aber trotzdem war es für konservative Menschen komplett inakzeptabel [...]. Einige Arbeiterinnen wurden deswegen sogar geschieden oder von ihren Verlobten, ihren zukünftigen Ehemännern, verlassen. Nichtsdestotrotz haben sie dieses Tabu gebrochen.

Gab es um dieses Thema während des Aufstandes Konflikte, haben die konservativeren Elemente den Frauen gesagt, dass sie nach Hause gehen sollen?

Das habe ich von niemandem gehört, noch nicht mal von den reaktionärsten Elementen der Gesellschaft. Aber manche Männer haben konservative, reaktionäre Predigten gehalten und aufdringliche Fragen gestellt – warum trägst du keinen Hijab? Welcher Religion gehörst du an? Betest du? Solch eine Scheiße.

Sexuelle Belästigung war so gut wie nicht existent auf dem Tahrir-Platz. Leider beginnt sie wieder aufzutauchen, aber die Frauen wehren sich jetzt eher. Die Revolution hat ihnen ein Bewusstsein über ihre Rechte und ihre Fähigkeit als revolutionäre Akteure gegeben. [...] Als die Frauen und Mädchen auf die Straße gegangen sind, haben sie ihre Macht gespürt [...].

In welchem Zusammenhang stehen Geschlecht, Klasse und Feminismus? Die Frage, ob Frauen Präsidentin oder Richterin werden dürfen, ist ja vermutlich für die Arbeiterinnen nicht besonders zentral. [...]

Zunächst mal sind die Frauenrechts-NGOs in erster Linie Mittelschichtorganisationen, die meistens von Anwältinnen betrieben werden, die sich ihrer Rechte und der

Diskrepanzen zwischen dem nationalen und dem internationalen Recht bewusst sind. Sie fordern gleiche Möglichkeiten und gleichen Lohn für Frauen. In Ägypten verdienen Frauen oft weniger, in der Landwirtschaft manchmal auch gar nichts, auch wenn sie die gleiche Arbeit machen. [...] Etwa 60 Prozent der ägyptischen Frauen sind Analphabetinnen, besonders in den ländlichen Gegenden. Und wenn du Analphabetin bist, hast du möglicherweise gar kein Bewusstsein von Frauenrechtsverletzungen wie etwa der Genitalverstümmelung oder von deinen Rechten als Bürgerin und als Mädchen oder Frau. Deshalb denke ich, dass Frauen aus der Arbeiterklasse benachteiligt sind, ganz besonders auf dem Land. Ein weiteres häufiges Problem für alle Frauen sind die zunehmenden radikalen islamistischen Gruppen. Es wird von Drohungen gegen Frauen geredet – ähnlich wie einige Fälle in den 1990ern –, bis hin zu Säureangriffen gegen Frauen, die ihre Beine entblößen oder kurzärmlige Hemden tragen. Obwohl selbst die reaktionären salafistischen Gruppen behaupten, sie hätten solche Verlautbarungen nicht von sich gegeben. Doch ein männerzentrierter und islamistischer Diskurs taucht wieder auf, für den der Platz einer Frau im Haus liegt. Gegen solche Tendenzen fordern Frauengruppen einen säkularen Staat. Mir wäre natürlich eine säkulare Gesellschaft ohne Staat lieber.

Islamismus

Denkst du, dass die Muslimbrüder eine Bedrohung darstellen? [...]

Erstens muss man sagen, dass es nicht nur eine Form islamischer Bewegung gibt. Es gibt die Muslimbrüder, die sind die wichtigste Organisation. Dann gibt es Islamisten wie die Islamistische Arbeiterpartei, die sich eher an den Arbeitern und an einem konservativen Wohlfahrtssystem orientieren. Dann gibt es noch eine moderatere islamistische Partei, Al-Wasat, was Mitte/Zentrum bedeutet; ihre politischen Vorstellungen sind mit der Partei für Aufschwung und Gerechtigkeit (AKP), der Regierungspartei in der Türkei, vergleichbar. Und dann gibt es noch die radikalen Salafisten, Gamat al-Islamyia und Jihad. Die letzten drei Gruppen sind erzreaktionär und haben eine lange Geschichte der organisierten Gewalt und des Terrors.

Vor der Revolution haben die Muslimbrüder gesagt, sie unterstützen keine Revolution als Mittel zur Veränderung des Systems. Aber als der Aufstand nach dem 25. Januar weiter voranschritt, sind sie massenhaft aufgetaucht [...]. Auch zusammen mit anderen Islamisten waren sie keinesfalls die Mehrheit in den Protesten, höchstens eine Minderheit von etwa 30 Prozent. Auf dem Tahrir-Platz waren sie unter anderem sehr aktiv bei der Verteidigung des Platzes. Sie waren mehrmals während des Aufstandes in vorderster Reihe – besonders während der »Kamelschlacht« auf dem Tahrir-Platz am 2. Februar. Einige von ihnen erlitten Verletzungen, sie waren extrem mutig.

Seit Mubaraks Rücktritt geht die Politik der Muslimbrüder eher in die Richtung, eine oder mehrere Parteien zu gründen. Das war ihnen unter Mubarak untersagt. [...] Es gibt Spaltungen unter den Muslimbrüdern. Nicht nur zwischen den jungen und den alten, sondern auch zwischen den konservativen und den ultrakonservativen, den radikaleren, den eher sozial ausgerichteten und den eher wirtschaftsnahen. Einige von ihnen sind Multimillionäre [...] und weil sie solche Geldmengen besitzen, können sie Wohltätigkeitsorganisationen unterstützen [...]. 1992 gab es ein großes und verheerendes Erdbeben; den Brüdern gelang es, den Leuten, die ihre Wohnungen verloren, Wohnraum und Unterkünfte zu bieten – während die Regierung gar nichts



bot. Neben solcher Wohlfahrt ist ihr Slogan »der Islam ist die Lösung« für alle Probleme sehr anziehend in einer konservativen muslimischen Gesellschaft wie Ägypten.

Zur sozialen Basis der Muslimbrüder: Wäre es vereinfachend zu sagen, dass sie ein Zusammenschluss reicher Geschäftsmänner, aufstiegsorientierter Akademiker und der total Verarmten sind, aber wenig Anziehungskraft auf die Arbeiterklasse im engeren Sinne haben?

Ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter ist begrenzt. Wenn ich ein konservativer Arbeiter bin, stimme ich dem vielleicht zu, dass »der Islam die Lösung ist«. Doch was dann? Habe ich dadurch mehr Lohn, ein Streikrecht, eine Gewerkschaft, die mich und meine Genossen repräsentiert? [...] Das gleiche kann man über die meisten islamistischen Strömungen sagen, da sie an den sozialen Frieden und nicht an den Klassenkampf glauben. Sie halten Klassen für natürlich, so sind Gesellschaften halt einfach. Man kann nur die Kluft zwischen Arm und Reich mittels islamischer Wohlfahrt verkleinern. Sie würden niemals irgendeine Art revolutionärer Veränderung befürworten. In den Gewerkschaften sind die Muslimbrüder also nicht stark [...].

Hältst du es also für denkbar, dass sie die Regierung übernehmen oder eine Koalition mit dem Militär eingehen?

Ich halte es nicht für wahrscheinlich, aber es ist möglich. Wir haben das 1979 im Iran gesehen, das war keine islamistische Revolution, aber die Islamisten konnten das Ruder übernehmen. Aber die Mehrheit in Ägypten unterstützt die Muslimbrüder nicht. Die sind bloß sehr gut organisiert und haben Millionen oder sogar Milliarden Pfund, die sie in Wohlfahrtsorganisationen und religiöse Propaganda investieren können.

Arbeiter, Gewerkschaften und Revolution

Rechnest du damit, dass die Streiks zunehmen, jetzt da das alte repressive Regime weg ist?

Ich rechne mit einer Verbreiterung der Klassenkämpfe in der nahen und hoffentlich auch der ferneren Zukunft, aber gleichzeitig müssen wir auch den obersten Militärrat im Auge behalten, der die Konterrevolution schützt. Er hat kürzlich ein Dekret erlassen, das streikenden Arbeitern mit Haftstrafen und Geldstrafen bis zu einer halben Million Pfund (über 83.000 \$) droht. Das Militär hat ein persönliches Interesse an der Erhaltung des alten Regimes.

Tantawi, Chef der Militärjunta, war 20 Jahre lang Verteidigungsminister unter Mubarak. Das erklärt auch, warum zum Beispiel Aktivisten, Demonstranten und streikende Arbeiter, verhaftet und von Militärgerichten verurteilt werden, ohne Berufungsrecht; meisten werden sie dabei auch gefoltert. Währenddessen werden Minister und Mitglieder des alten Regimes vor zivile Gerichte gestellt, wenn überhaupt. [...] Eine beliebte Parole lautet: »*Stellt nicht die Arbeiter vor Gericht, stellt Mubarak vor Gericht!*«

Das Problem ist natürlich nicht nur Mubarak. Es sind noch Tausende kleiner Mubaraks an der Macht. Zum Beispiel protestieren Studenten gegen die alten staatlich ernannten Dekane, die noch im Amt sind. Das Hauptquartier der NDP wurde niedergebrannt und die korrupte Partei aufgelöst, aber viele Parteifunktionäre sind noch frei. Das gleiche gilt für den Staatssicherheitsapparat. Er wurde aufgelöst, doch die gleichen alten Leute [...] bilden jetzt den nationalen Sicherheitsapparat; die haben bloß das Wort »Staat« durch »national« ersetzt, das ist alles.

Wie sehen die Hauptforderungen der Arbeiterproteste und -streiks im Moment aus?

Die Hauptforderungen sind Vollzeitverträge, ein Mindestlohn von 1.200 Pfund, das Recht, unabhängige Gewerkschaften zu gründen. Es gibt jetzt über 22 unabhängige Gewerkschaften, von denen sich vier bereits zur Ägyptischen Föderation unabhängiger Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, die den gelben Gewerkschaften entgegentritt.

Schon in der Vergangenheit gab es Fälle, in denen Arbeiter ihre Fabriken übernommen haben, nachdem ihre Besitzer – korrupte Geschäftsmänner – aus dem Land geflohen waren, um sich Gerichtsurteilen zu entziehen. 2001 ist der Multimillionär Ramy Lakkah aus Ägypten geflüchtet und hinterließ seine Fabriken. In einem seiner Unternehmen – einer Glühbirnenfabrik in einem Industrievorort von Kairo – hat die Belegschaft den Betrieb von 2001 bis 2006 selbstverwaltet. Die Arbeiter konnten ihre Löhne stemmen und sogar die Produktion ausweiten. [...]

Wichtig ist auch, dass der neue unabhängige Gewerkschaftsverband ganz explizit nicht zwischen Arbeitern und Angestellten unterscheidet; ein Arbeiter ist jemand, der keine Produktionsmittel besitzt und seine Arbeitskraft für einen Lohn verkaufen muss. Es gibt also eine neue Ära für Arbeiter in Ägypten. Sie mobilisiert sowohl Arbeiter als auch Angestelltengewerkschaften – im öffentlichen, privaten und informellen Sektor der Ökonomie. Und wenn diese unabhängigen Gewerkschaften sich als genau so korrupt wie die alten herausstellen, haben die Arbeiter jetzt genug Erfahrung, um zu wissen, dass sie demokratischere, transparentere und radikalere Gewerkschaften bilden oder wählen können. Sie spüren ihre Macht, sie haben das Gefühl, dass die Zukunft ihnen gehört. Sie können sich von Lohnsklaven in Produzenten verwandeln, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. [...]

[...] In Ländern wie Deutschland gibt es »unabhängige« Gewerkschaften, die aber trotzdem ein wesentlicher Bestandteil des Systems sind und eine wichtige Rolle im reibungslosen Funktionieren der Produktion spielen[...]. Gleichzeitig ist die Situation in den Sektoren, in denen die Gewerkschaften schwach sind, nicht unbedingt besser. Aber zur Revolution [...] haben Gewerkschaften nichts beizutragen, sie sind eine legale Instanz zur Regulierung der Klassenbeziehungen und somit an das Lohnsystem und das Recht gebunden.

Ich stimme der marxistischen Analyse zu, dass die Gewerkschaften eine Rolle bei der Aufrechterhaltung des Kapitalismus spielen, indem sie um die Krümel verhandeln, die vom Tisch der Kapitalisten fallen; indem sie die kapitalistische Ausbeutung für die Arbeiter erträglicher machen. In den meisten Fällen hinterfragen die rein wirtschaftlichen Gewerkschaften das System nicht.

Aber wenn wir uns Wisconsin ansehen, hat der Staat trotzdem Angst vor solchen Gewerkschaften. Aus seiner Sicht haben sie immer noch zu viel Macht, also versucht er ihr Recht auf Tarifverhandlungen abzuschaffen.

Und um sich zu einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft zu entwickeln, ist meines Erachtens eine Reihe von Schritten nötig, sei es ein Sowjet, ein Arbeiterrat oder eine revolutionäre Gewerkschaft. Ich verstehe deinen Einwand mit der Arbeitsteilung, aber aus der Sicht der Arbeiter ist man kein Lohnsklave mehr; man ist ein Miteigentümer, an Verteilung und Entscheidungen beteiligt, wenn man kollektiv die Fabrik selbst verwaltet. Es geht aber nicht nur um die Selbstverwaltung der Fabrik, sondern um die kollektive Selbstverwaltung der Gesellschaft insgesamt.

... aber das lässt den ganzen Rahmen intakt, man ist dann immer noch Arbeiter in dieser Fabrik, die man besitzt, während es doch eigentlich darum geht, mit dem Konzept des Eigentums gänzlich zu brechen. Wie das getan werden soll, weiß ich nicht, aber ich denke, wir haben ausreichend Erfahrung mit Selbstverwaltung als Sackgasse, die nicht mit der Logik der Warenproduktion bricht, mit dem Tauschwert und Geld. Zanon in Argentinien zum Beispiel ist eine sehr interessante Erfahrung, aber letztlich müssen sie auch ihre Produkte auf dem Markt verkaufen und das bestimmt auch die Bedingungen innerhalb der Fabrik.

Kleine Verbesserungen, aber das System bleibt intakt? Ja. Wir sind uns einig, dass wir die endgültige Abschaffung von Lohnsklaverei, Privateigentum und der bestehenden Arbeitsteilung wollen. Aber das wird sehr viel Arbeit und einen massiven Neuaufbau der Gesellschaft erfordern. Und

deswegen meine ich, dass Gewerkschaften eine so wichtige Rolle spielen.

In Ägypten hatten wir seit 1957 ausschließlich staatlich kontrollierte Gewerkschaften. Das Land hat durch die Gründung von unabhängigen Gewerkschaften und Verbänden einen Schritt vorwärts gemacht. Auch wenn sie – vorerst – die Lohnsklaverei, den Kapitalismus und den Staat nicht antasten. Weil eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung das Bewusstsein der Arbeiter über ihre Stellung in der Gesellschaft stärkt – dass sie nicht dazu da sind, einfach ausgebeutet und jederzeit entsorgt zu werden.

Irgendwo müssen wir in Ägypten anfangen. Ich glaube, mit dieser unabhängigen Gewerkschaftsbewegung werden auch radikalere Gewerkschaften entstehen, die damit anfangen, die Hierarchien in der Fabrik und die ganze Struktur der Gesellschaft zu hinterfragen. Ich denke – ich hoffe –, dass das zu sozialem Aufruhr führen wird, der wiederum zur sozialen Revolution führt – letztlich zur Übernahme der Produktionsmittel. Das würde natürlich auch die Abschaffung gewisser Industrien, etwa der Rüstungsindustrie, bedeuten. Eine vollständige Neugestaltung der Produktion entlang der tatsächlichen Bedürfnisse und Sehnsüchte einer freien, klassenlosen, staatenlosen und egalitären Gesellschaft. ■

Das gesamte Gespräch bei: *Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft* unter: www.klassenlos.tk



Ägyptischen Arbeiter treten mit eigenen Forderungen auf

Den 1. Mai dieses Jahres konnten die ägyptischen Arbeiter noch im Schwärmen für Demokratie und soziale Gerechtigkeit begehen. Doch in den weiteren Tagen des Mai sahen sie sich gezwungen, auf dem Tahrir-Platz gegen die Verhaftungen von Arbeitern, die sich öffentlich für die sozialen Interessen der Lohnabhängigen stark machen, zu protestieren. Die Militärregierung hat die meisten Forderungen der Arbeiter – wie nach Mindestlöhnen und Entfernung der korrupten Manager staatseigener Fabriken – nicht erfüllt. Es gibt weiterhin Kinderarbeit und kein Arbeitslosengeld. Von den rund 26 Millionen lohnabhängig Beschäftigten in Ägypten erhalten sechzig Prozent keine Mindestlöhne, Krankenversicherung, Renten, kein Urlaubsgeld, Mutter-

schaftsschutz, keinen Krankenschein oder Gewerkschaftsschutz.

Nach dem Sturz Mubaraks waren lohnabhängig Beschäftigte verschiedenster Berufszweige im ganzen Land für höhere Löhne, Arbeitsplätze, demokratische Rechte auf die Straße gegangen. Die Militärregierung antwortete Ende März mit einem per Dekret erlassenen Gesetz gegen Streiks. Damit blieb die versprochene Aufhebung des Ausnahmezustands aus. Stattdessen kriminalisiert die Militärregierung die Kampfformen, mit denen Millionen Ägypter Präsident Mubarak nach achtzehntägigen Massendemonstrationen vertrieben hatten. Wer nun zu Protestaktionen aufruft, wird mit bis zu einem Jahr Gefängnis und hoher Geldstra-

fe verurteilt. Seit Beginn der Militärdiktatur wurden Menschenrechtsberichten zufolge Tausende verhaftet, gefoltert und vor Militärgerichte gestellt. Die Verhaftung einzelner Vertreter des alten Regimes soll nur eine Ausgewogenheit vortäuschen.

In der ägyptischen Bourgeoisie findet die Beendigung der Demonstrationen durch die Militärregierung volle Unterstützung, denn die Wirtschaft ist fast zum Erliegen gekommen, nicht nur durch Streiks: Der Tourismus ist stark rückläufig, die geringeren Möglichkeiten zur Korruption bremsen, Auslandsinvestitionen sind gestoppt. Auch die bürgerlichen Oppositionsparteien und Gruppen, wie al Baradeis liberale *Nationale Allianz für den Wandel* und die Moslembruderschaft, die sich auf gebildete, aber ökonomisch benachteiligte bürgerliche Schichten stützt, stehen hinter diesem Vorgehen des Militärs. Al Baradei drückt es aus mit den Worten das Vertrauen in das Militär sei lebenswichtig für die nationale Einheit. Schließlich muss die Produktion wieder möglichst höchst profitabel laufen. Inzwischen hat die Inflation zehn Prozent erreicht, sie liegt sogar doppelt so hoch für die lebensnotwendigen Güter des täglichen Bedarfs – gleichzeitig leben 40 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze. Das führt zu gegensätzlichen Erwartungen an die zukünftige Regierung: Sie soll Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst schaffen und gleichzeitig die Bürokratie abbauen. Wirtschaftliche Not stand hinter der Volksbewegung. Welche Perspektive können die Herrschenden den Protestierenden geben?

Der Zusammenbruch des alten Regimes hat das bisherige politische Gefüge gesprengt: Nach dem Verbot der bisherigen Regierungspartei soll mit der Nachfolgerin Nationale Partei Ägyptens das Klientel-Netzwerk als Machtinstrument in die neue Ordnung übertragen werden. In der Moslembruderschaft hat die Volksbewegung eine Auseinandersetzung über den zukünftigen Weg ausgelöst, der zu Abspaltung besonders der jüngeren Generation führt.

Nach der Einheit im Kampf gegen das alte Regime treten nun die Klassengegensätze zum Vorschein. Damit werden nach und nach bei den Bevölkerungsmassen die Illusionen zerstört, der friedliche Protest und der Sturz Mubaraks würden zu einer demokratischen und sozialen Umgestaltung führen. Die Moslembruderschaft propagiert deshalb einen moslemischen Pflichtbeitrag als Mittel gegen Armut. Unter vielen Bürgern besteht der Wunsch nach einem Kapitalismus ohne Bestechung und ohne die Profitgier der letzten zehn Jahre.

Während das Militär bereits mehrmals mit Gewalt den Tahrir-Platz räumte und Demonstranten jagte und prügelte, überzog eine weitere Streikwelle das Land: Arbeiter fordern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Weiterhin finanziert von den USA, hält das Militär, die Basis des Mubarak-Regimes, das Ruder fest in den Händen. Auch Saudi-Arabien, wo viele Ägypter arbeiten, übt als Kreditgeber und Absatzmarkt einigen Einfluss auf die ägyptische Regierung aus. Die nach Saudi-Arabien ausgerichtete religiöse Richtung der Salafisten wirkt mit ihrer Propaganda gegen religiöse Minderheiten unter der ländlichen Bevölkerung als reaktionäre Bewegung.

Die ägyptische Arbeiterbewegung steht vor einer Fülle von Herausforderungen.

Eigene Organisationen werden aufgebaut

Bei den Protesten am 30. Januar 2011 war auf dem Tahrir-Platz die neue Föderation ägyptischer Gewerkschaften (Federation of Egyptian Trade Unions, FETU) gegründet worden, die sofort einen Aufruf für einen Generalstreik erließ. Der staatlich noch nicht anerkannten Föderation ist auch das Zentrum der Gewerkschaften und der Arbeiterdienst-

leistungen (CTUWS) angeschlossen, das 2007 von der Regierung geschlossen und erst im Juli 2008 wieder geöffnet werden durfte. Zur FETU-Führung gehört der Chef der Gewerkschaft der Grundbuchsteuerbehörde (RETA).

In den Industriestädten, wie Suez dominierten – anders als auf dem Kairoer Tahrir-Platz – bei den Februar-Auseinandersetzungen zwischen der ägyptischen Bevölkerung und der Regierung Mubarak Arbeiter in den Straßen. Im Industriezentrum Suez am Ausgangspunkt des Suezkanals, wo die gesellschaftlichen Widersprüche Ägyptens am stärksten ausgeprägt sind, fanden die härtesten Arbeiterkämpfe gegen die Polizei statt. Dort wo die höchsten Gewinne gemacht werden, haben die Arbeiter die größten Probleme: Einheimische Arbeiter waren von den Unternehmern entlassen und durch indische und thailändische Billigkräfte ersetzt worden.

Nur ein Teil der ägyptischen Arbeiter ist durch jahrelange Kämpfe zu der Überzeugung gekommen, dass eine selbständige Organisation unumgänglich ist. Der größere Teil der lohnabhängig Beschäftigten glaubt immer noch, gute Beziehungen zum Staat würden zum persönlichen Fortkommen helfen. Und die Masse der in Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter durfte sich bisher nicht gewerkschaftlich organisieren. Der Lernprozess ist groß – wie die Aufgabe der Organisation der Arbeiter.

Der neue Gewerkschaftsbund hat die Unterstützung des Internationalen Gewerkschaftsverbandes und der AFL-CIO. Es muss sich erst zeigen, inwiefern die FETU bei diesem Einfluss, der organisatorische Stärke der Ägyptischen Gewerkschafts-Föderation (ETUF) und der Behinderung durch staatliche Stellen Ausdruck einer selbständigen Arbeiterbewegung in Ägypten werden kann.

Parallel zur Eindämmung der sozialen Kämpfe der Arbeiter erschwert die Militärregierung die politische Organisation der Lohnabhängigen durch Gesetze. So müssen die Parteien für ihre Lizenzierung mindestens 1 Million ägypt. Pfund (Ca. 125 000 Euro) aufbringen, um die Namen von mindestens 5000 Gründern in zwei überregionalen Tageszeitungen zu veröffentlichen.

Dem Telekommunikationsindustriemagnaten Naguib Sawiris fiel es nicht schwer, für die Gründung seiner Freien Ägypter-Partei diese Bedingungen zu erfüllen. Für die Gründung einer Arbeiterpartei ist die finanzielle Belastung dagegen eine schwere Hürde – zumal die Zeit für eine landesweite Organisation kurz ist.

Während Arbeiter beginnen, auch für ihre politischen Interessen ihre Stimme zu erheben, schlossen sich sozialistische Gruppen, Parteien, die im Volksaufstand Anhänger gewonnen haben, im Mai dieses Jahres zusammen. Sie wollen mit »allen progressiven und demokratischen Kräften zusammen zu arbeiten, um gemeinsame nationale Ziele zu erreichen«, streben also eine politische Zusammenarbeit mit oppositionellen bürgerlichen Kräften an. Die Sammelpartei Sozialistische Volksallianz sieht sich selbst als Vertreter der Arbeiter, Bauern und Armen, bekennt aber, dass sie als Intellektuelle kaum Verbindung mit dem Volk haben.

Der ökonomische Entwicklungsstand und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erlauben es der herrschenden Klasse nicht, die arbeitende Bevölkerung mit sozialen Zugeständnissen für ihre Politik zu gewinnen und sie an sich zu binden. Deshalb sind für die Zukunft soziale Auseinandersetzungen unausweichlich. In der neuen Verfassung gibt es vorausschauend ein Streik- und Demonstrationsverbot, wenn elementare Interessen des Staates betroffen sind. Das Militär ist der Garant für die Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse geben nicht mehr als eine Militärherrschaft mit demokratischem Mäntelchen her. ■

Jahrelanger Kampf für eine unabhängige Gewerkschaft

Die ägyptische Arbeiterklasse regte sich lange vor den Massenprotesten, die in der letzten Januarwoche 2011 einsetzten. In der Streikwelle seit Anfang dieses Jahres entlud sich, was sich an gesellschaftlichen Problemen seit einem halben Jahrhundert in Ägypten angestaut hatte.

Im Kampf gegen den britischen Imperialismus noch Anhängsel der Bourgeoisie wurde ihr auch unter Nassers »arabischem Sozialismus« nicht zugestanden, eigene Forderungen zu erheben, soziale oder politische Initiativen einzubringen. Die Nationalisierung der ausländischen Unternehmen und des Suez-Kanals machte Arbeiter zu Staatsangestellten. Ihr Lebensstandard wurde angehoben. Sie hatten allerdings das zu nehmen, was die Regierung ihnen zugestand. Arbeiter, die sich dieser Regel widersetzen, wurden verhaftet, hingerichtet. Dem Einfluss des Weltmarktes ausgesetzt, konnte Ägypten die Subventionen für die arbeitende Bevölkerung nicht halten. Über die Jahre verschlechterte sich die Lage der Arbeiter. Die Lebenshaltungskosten stiegen. Arbeiterproteste begleiteten den Sozialabbau.

1991 öffnete die Regierung auf Druck des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank das Land für das internationale Kapital. Fabriken, Banken, Hotels und sogar jener Einzelhandelsketten, die sich bis dahin noch im Eigentum der Regierung befunden hatten, wurden freigegeben zur Privatisierung. Auf dem Lande wurde ein großer Teil der Landumverteilung, die Nasser durchgeführt hatte, wieder rückgängig gemacht.

Doch erst unter Ahmad Nazif, (Regierungschef von 2004 – 2011) fand eine große Privatisierungswelle statt. Durch den massiven Zufluss internationalen Kapitals nach Ägypten im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist die Wirtschaft des Landes stark gewachsen. Direkte Investitionen aus dem Ausland stiegen von 400 Millionen Dollar im Jahr 2000 auf 13,2 Milliarden Dollar in 2007/2008 an. Ägypten ist zum größten Empfänger ausländischer Direktinvestitionen auf dem afrikanischen Kontinent geworden. Begleitet wurde das Wirtschaftswachstum während des vergangenen Jahrzehnts durch verschärfte Ausbeutung, dem Anstieg von prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Diese Entwicklung führte zu einem bisher in Ägypten nicht gekannten Anwachsen von Kampfmaßnahmen der Arbeiter. Die Abwehrkämpfe haben unter den kämpfenden lohnabhängig Beschäftigten ein Bewusstsein für ihre Rechte geschaffen.

Unterdrückung unabhängiger Gewerkschaftsbewegung in der Textilfabrik Ghazl al-Mahalla

Mehr als 1,7 Millionen Arbeiter haben zwischen 2004 und 2008 an fast 2.000 Streiks und anderen Protestformen teilgenommen. Die pure Not zwang sie für ihre elementaren Interessen aktiv zu werden: Ein Mindestlohn von £350 im Monat wäre sogar bei zwei Einkommen und mit zusätzlichen Prämien unterhalb der Armutsgrenze der Welt-Bank von US\$ 2.00 pro Tag und Person für die durchschnittliche ägyptische Familie gewesen wäre.

Höhepunkte der Protestbewegung von 2006 und 2007 waren die Streiks bei der Misr Web- und Spinnengesellschaft in Mahalla al Kubra im Nildelta, auch Ghazl al-Mahalla. Sie waren Vorbild für viele andere Lohnabhängige. Ausdruck der Politisierung des Streiks war die Forderung des Streikführers Muhammar al-Attar, das Mubarak-Regime müsse verschwinden. Er äußerte sie, als er während des Streiks aus dem Gefängnis entlassen wurde.

Da der Gewerkschaftsausschuss dieses größten ägyptischen Industriebetriebes die Streiks nicht unterstützte, forderten die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen von der Ägyptischen Gewerkschafts-Föderation (ETUF) seine Amtsenthebung. 14 000 Beschäftigte unterschrieben eine Resolution, in der sie zum Ausdruck brachten, dass sie der offiziellen Gewerkschaft nicht mehr vertrauten. Rund 3.000 Gewerkschaftsmitglieder traten aus dem ETUF aus.

Laut Gesetz können die Gewerkschaftsvertreter abgesetzt werden, wenn 50 Prozent der Belegschaft dies fordern. Doch die Gewerkschaftsspitze mauerte und Sicherheitsbeamte verhinderten die Fahrt von Belegschaftsvertretern nach Kairo. Die Arbeiter beendeten den Streik, als die Regierung mit ihrem Streikkomitee verhandelte.

Die größten sozialen Kämpfe seit der Vertreibung der britischen Kolonialherren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte Ägypten im April 2008. Ursache waren die Erhöhung der Brotpreise und die niedrigen Löhne, die zwischen 33 Prozent und 50 Prozent der Löhne in anderen Ländern der Region erreichten. Initiiert wurden die Kämpfe lokal. Das Streikkomitee der Misr Web- und Spinnengesellschaft hatte zur Arbeitsniederlegung aufgerufen. Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen waren die Militantesten und Aktivsten in der Protestbewegung. Doch bevor es zum Streik kam, besetzte der Staatssicherheitsdienst die größte Fabrik Ägyptens, um das Streikkomitee um Streikführer Muhammad al-Attar zum Einlenken zu zwingen. Die Unternehmensleitung erhöhte nun die Löhne und sagte kostenlose Fahrten zum Arbeitsplatz zu.

Trotz der erfolgten Streikabsage demonstrierten in Mahalla al Kubra Tausende Frauen, Jugendliche und Arbeiter nicht nur einen Tag in den Straßen gegen die Politik der Regierung. Sie ließen sich vom Steinhaag bestellter Regierungsanhänger und von Schlagstöcken, Tränengas und Kugeln der Polizei nicht einschüchtern. Die Sicherheitspolizei nahm 331 Menschen fest, prügelte Hunderte, verwundete neun Menschen schwer und erschoss ein Kind. 49 Bewohner von Mahalla Al-Kubra wurden der Verschwörung angeklagt. 22 wurden zu Gefängnisstrafen von drei bis fünf Jahren verurteilt, 27 wurden freigesprochen.

Die Kifaya (Genug!), eine von Intellektuellen initiierten oppositionellen Jugendbewegung, unterstützte die Streikaktionen im Lande, was zur Verhaftung von fünfzig ihrer Mitglieder führte.

Die staatliche Gewerkschafts-Föderation ETUF

Die Anfänge der Bestrebungen ägyptischer Arbeiter, unabhängige Gewerkschaften aufzubauen, gehen auf die Zeit um 1900 zurück. Sie wurden jedoch überschattet vom Kampf um die nationale Unabhängigkeit. Erst 1957 erlaubte die Regierung die Einrichtung des Ägyptischen Arbeiterbundes. Aus ihm ging die Ägyptische Gewerkschafts-Föderation (ETUF) mit heute 23 Einzelgewerkschaften und 2.5 Millionen Mitgliedern hervor.

Eine örtliche Gewerkschaft zu organisieren ist bisher nur in Betrieben mit mindestens 50 Arbeitskräften gesetzlich erlaubt. Im großen Bereich der Privatwirtschaft ist deshalb nur ein kleiner Prozentsatz der Lohnabhängigen gewerkschaftlich organisiert. Rund 98 Prozent aller Unternehmen der Privatwirtschaft, also die gesamte Schattenwirtschaft, beschäftigen durchschnittlich weniger als 15 Arbeitskräfte (16 von knapp 27 Millionen Arbeitenden).

Die Gewerkschaftsföderation stand von Anfang an unter der Aufsicht des Ministeriums für Arbeit und der Si-

cherheitskräfte. Von Ausnahmen abgesehen hat sich die ETUF generell eng an der Regierungspolitik ausgerichtet. Ihre Führung war immer in den Händen der herrschenden Nationaldemokratischen Partei NDP. Seit 1957 gab es fast nur regierungsfreundliche Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes. Alle 23 Mitglieder des Vollzugsausschusses für die Periode 2006-2011 waren Mitglieder der NDP. Nachdem sich die ETUF in den 1970er und 1980er Jahren gegen Bestrebungen der Präsidenten Sadat und Mubarak den öffentlichen Sektor zu privatisieren gestellt hatte, folgte sie 1991 der Politik der ägyptischen Regierung bei der Annahme der von IWF und Weltbank geforderten Wirtschaftsreformen und Strukturprogrammen.

2003 beschloss die Regierung, mit einem »Vereinheitlichten Arbeitsrecht«, alle bisherigen Arbeitsrechtvorschriften zu ersetzen. Unternehmer konnten nun Arbeiter befristet einstellen. Beschäftigte mit befristeten Verträgen durften nicht Gewerkschaften beitreten. In einigen Staatsbetrieben gab es dann mehr Beschäftigte mit befristeten Verträgen als fest angestellte, denn viele Arbeitsverträge wurden entfristet. Damit konnten einem wachsenden Teil der Belegschaften grundlegende Rechte entzogen werden.

Bei Gewerkschaftswahlen wurden betriebliche Kandidaten nicht nur durch bürokratische Hürden und andere Schachzüge ausgeschlossen. Kommunisten, Muslimbrüder oder Unabhängige durften sich erst gar nicht aufstellen lassen. Diese Erfahrungen machten den Arbeitern deutlich, dass sie mit der ETUF ihre Interessen nicht verteidigen konnten.

Streikrecht

Der erste massenhafte Streik ging 1971 vom Stahlwerk Helwan im Bereich des Erzabbaugebietes bei Kairo aus. Die Belegschaft streikte für Lohn- und Urlaubsforderungen und für eine Beteiligung an der Leitung der Arbeit. Da sie den Streikausschuss ständig auswechselte, konnte keine Streikführung ausfindig gemacht werden. Das Direktorium lehnte das Forderungspaket ab. Als dann das Ministerium nachgab, wurden diese Forderungen auch von den übrigen Betrieben in diesem Bereich erhoben. Die Rücknahme des Abkommens durch Präsident Sadat führte zum Massenstreik von 300.000 Arbeitern in 42 Betrieben (siehe Arbeiterpolitik 6/71).

1987 ließ die Regierung streikende Zugführer strafrechtlich verfolgen. Das Gericht sprach jedoch alle Angeklagten mit der Begründung frei, dass die Internationale Vereinbarung über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Ägypten beigetreten ist, das Streikrecht für ein Menschenrecht hält. Auch nach diesem Gerichtsurteil wurden Streiks bei den Eisen- und Stahlunternehmen in Helwan (1989) und bei der Spinnerei und Weberei in Kafr al-Dawwār (1994) unterdrückt, z. T. blutig. Erlaubt sind Streiks nur, wenn der Vorstand der betroffenen Fachgewerkschaft mit 2/3-Mehrheit zugestimmt und das Exekutivkomitee des Gewerkschaftsbundes sein Placet gegeben hatte. Doch diese Gremien sind in den Händen der NDP. Gibt es dann trotzdem mal eine Zustimmung, so muss der Streik dem Unternehmer zehn Tage vorher – auch mit der Streikdauer – angekündigt werden.

Nur zweimal überhaupt hat das Exekutivkomitee der ETUF Streiks zugestimmt, 1993 im Bergbau und 2009 bei der Tanta Flachs- und Ölkompagnie (Kitan Tanta). In beiden Fällen wurde die Unterstützung der Arbeiter nach einiger Zeit abgebrochen. Kitan Tanta wurde im Februar 2007 ohne Zustimmung des Gewerkschaftsbundes bestreikt. Die Belegschaft wehrte sich u. a. gegen unbezahlte Arbeitszeitverlängerung und gegen Kostenerhöhungen im Gesundheitsbereich. Als die Belegschaft im Juli wieder streikte, wurden

sieben Streikaktivisten entlassen. Auch mit einem Gerichtsurteil wurde ihre Wiedereinstellung nicht erreicht.

Im Frühjahr 2009 streikten die Kitan Tanta-Arbeiter wieder gegen die saudischen Besitzer, diesmal mit Beschluss des Gewerkschaftsbundes für einen fünftägigen Streik. Als die Gewerkschaft dann nach drei Monaten im August kein Streikgeld mehr zahlte, organisierten die Arbeiter eine eigene, unabhängige Streikfinanzierung. Im November wurde der Streik vom Gewerkschaftsbund abgebrochen, ohne dass die Wiedereinstellung der Entlassenen durchgesetzt werden konnte. Arbeiter, die zu Beginn des Streiks eine Wiederverstaatlichung gefordert hatten, setzten nun auf eine Selbstverwaltung des Betriebes.

Eine unabhängige Gewerkschaft wird erkämpft

2007 forderten 55.000 kommunale Steuereinzahler Lohngleichheit mit Angestellten des Finanzministeriums und ihre Zugehörigkeit zum Finanzministerium statt zu Gemeinden. Nachdem sie ihren Forderungen in Demonstrationen Nachdruck verliehen hatten, streikten sie: Sie weigerten sich, die städtische Grundsteuer einzuziehen. Rund 3.000 kommunale Immobiliensteuereintreiber und ihre Familienangehörigen saßen 11 Tage vor dem Finanzministerium in Kairo. Schließlich gab der Finanzminister ihren Forderungen nach. Es war eine Kampagne von Sammelklagen, die zu diesem Sieg führte, die erste koordinierte Mobilisierung von Beamten in Ägypten.

Nach dem Sit-in und dem Streik beschlossen sie, den Streikausschuss bestehen zu lassen. Getragen von dem Erfolg wurden in den Provinzen lokale Gewerkschaftsausschüsse gewählt. Im Dezember 2008 trafen sich mehr als 1.000 kommunale Steuereinzahler aus ganz Ägypten in Kairo und beschlossen den Aufbau der Unabhängigen Gewerkschaft der Grundsteuerbehörde RETA. Begleitet von 300 Kollegen beantragte der Konstituierende Rat beim Minister für Arbeit die Gründung einer Gewerkschaft. Die Kritik am offiziellen Ägyptischen Gewerkschaftsbund ETUF auf der ILO-Konferenz (Internationale Arbeitsorganisation) 2008 dürfte zur Bestätigung der ersten unabhängigen ägyptischen Gewerkschaft seit einem halben Jahrhundert geführt haben.

Die Steuereinzahler hatten einige Vorteile gegenüber den Industriearbeitern von al-Mahalla Ghazl. Indem sie die Erhebung von Steuern aussetzten, bedrohten sie die Einnahmen der Regierung. Ihre unabhängige gewerkschaftliche Organisation gefährdete jedoch nicht das zentrale Regierungsziel: die Privatisierung von Unternehmen des öffentlichen Sektors. Außerdem sind sie nicht so stark mit nationaler Symbolik beladen wie die Ghazl al-Mahalla. Dennoch hat die ETUF versucht, die Bildung dieser unabhängigen Gewerkschaft bei jedem ihrer Schritte zu behindern. Die Schwierigkeiten, die RETA bei der Einrichtung eines Sozialfonds besonders vom offiziellen Gewerkschaftsbund bekam, konnte sie erst mit einem eintägigen Streik und einem Sit-in vor dem Parlament überwinden.

Politisch verstärkt wurden diese Arbeiteraktionen, indem sie zusammenfielen mit einer Kampagne für Demokratie von ‚Kifaya‘, und anderen Gruppen, die in der Hauptsache aus der städtischen Mittelschicht stammten. Die Angestellten der Schulverwaltung und der Post, nahmen sich den Kampf der Steuereinzahler zum Vorbild, konnten aber nicht die Gründung einer eigenen unabhängigen Gewerkschaft durchsetzen. Wenn auch nur die kommunalen Grundsteuereinzahler eine unabhängige Gewerkschaft durchsetzen konnten, immer häufiger wählten nun Belegschaften bei betrieblichen Kämpfen unabhängige Streikkomitees. ■